

Pressemitteilung

Arbeitsplätze als Argument pro Kohlekraftwerk ist Augenschere

Regenerative-Energien-Branche weist zukunftsicheres Arbeitsplatzpotential auf

Wiesbaden, 11.01.2008. 180 Mitarbeiter möchte die in Mainz ansässige Unternehmensgruppe Juwi allein im Jahr 2008 einstellen. „Damit wird erneut das eindrucksvolle Arbeitsplatzpotenzial der Erneuerbaren-Energien-Branche aufgezeigt“, so Ira Krissel, Sprecherin der Bürgerinitiative ‚Kein Kohlestrom Wiesbaden‘. Während nach Verlautbarungen der KMW im geplanten Steinkohlekraftwerk auf der Ingelheimer Aue nach dessen Fertigstellung in vier Jahren 100 neue Arbeitsplätze entstehen sollen, hat das rheinland-pfälzische Unternehmen Juwi, das regenerative Energieanlagen projektiert und betreibt, allein im vergangenen Jahr bereits die gleiche Anzahl an neuen Mitarbeitern eingestellt. Die positiven Aussichten für das Jahr 2008 lassen nach Unternehmensaussage abermals einen hohen Zuwachs auf bis zu insgesamt 400 Mitarbeiter erwarten.

Widerlegt wird damit die Ende Dezember 2007 von KMW-Betriebsratsvorsitzenden und Sprecher des Arbeitskreises Mainzer Industrie-Betriebsräte, Hans-Joachim Heidecker, geäußerte Befürchtung, der Verzicht auf den Bau des Kohlekraftwerkes in Mainz gefährde tausende Arbeitsplätze im Rhein-Main-Gebiet. „Das Schüren der Angst um den Arbeitsplatz soll offensichtlich nur dem umstrittenen Bauvorhaben am Rheinufer Auftrieb geben, mit Realität hat das wenig zu tun“, so Ira Krissel weiter. Der Verzicht auf den Bau des Kohlekraftwerkes zugunsten der erneuerbaren Energien ist nicht nur ökologisch vernünftig, sondern verspricht tausende neue Arbeitsplätze in der Rhein-Main-Region, die bei Anlagenherstellern und Zulieferern, Planern, Betreibern sowie im Handwerk entstehen und weitere Stellen in anderen Branchen nach sich ziehen werden.

Beim Bau des Kohlekraftwerkes bliebe zudem die hohe Importabhängigkeit der regionalen Energieversorgung bestehen, zumal sich 80 % der bekannten Reserven auf einige wenige Länder konzentrieren.

Angesichts der hohen Nachfrage aus Asien steigt der Kohlepreis stetig und hat mittlerweile einschließlich der Transportkosten ca. 90 Euro pro Tonne erreicht. Diese steigenden Brennstoffkosten für die täglich benötigten 5.000 Tonnen Steinkohle würden hiesige Unternehmen und Haushalte über steigende Strompreise weit mehr belasten als derzeit kalkuliert. Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen, dass Wirtschaftsunternehmen bei gestiegenen Fixkosten oftmals mit Stellenabbau reagieren.

Durch den beabsichtigten Import der Steinkohle würde die regionale Wertschöpfung um mehrere 100 Mill. € geschwächt, die der regionalen Wirtschaft nicht mehr zur Verfügung stünden. Beim Bau des Kohlekraftwerkes würden über diesen hohen Abfluss von potentiellen Investitionsmitteln dann ebenfalls Arbeitsplätze gefährdet!

Es bleibt dabei: Der Bau des Kohlekraftwerkes auf der Ingelheimer Aue bleibt wirtschaftlich, energiepolitisch und beschäftigungspolitisch unsinnig.